

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhöl, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Rordorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Beizprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohrlappert

Preis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wiederkehren einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 255

Bad Schandau, Dienstag, den 1. November 1927

71. Jahrgang

## Dr. Marx über Innen- und Außenpolitik

### Reichskanzlerrede in Essen.

**Auftakt zum Wahlkampf.**  
Im großen Saal des Städtischen Saalbauwerks in Essen hielt Reichskanzler Dr. Marx im Rahmen einer Kundgebung der Zentrumspartei eine Rede über aktuelle politische Tagesfragen, der wichtige Bedeutung zukommt. Der Reichskanzler wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, daß sich schon jetzt die Parteien in ihren Handlungen von den bevorstehenden Wahlen beeinflussen lassen. Der Reichskanzler stellte weiter fest, daß niemand es wagt, seine Treue zur Verfassung und zur Republik anzuzweifeln, und kam dann kurz auf

die Vorgeschichte der Bildung der jetzigen Reichsregierung zu sprechen. Die jetzige Regierung sei gebildet worden, nachdem die Sozialdemokratie das Minderheitskabinett der Mitte im Dezember vorigen Jahres gestürzt hätte, obwohl ihr hinsichtlich der Reichswehr Zusagen gemacht worden seien, Zusagen, die auch in das Programm der jetzigen Regierung aufgenommen und durchgeführt worden sind. Wenn wir, so sagte Marx weiter, unseren Wiederaufstieg wollen, dann müsse man politische Kräfte vermeiden und ruhige politische vernünftige und erfolgreiche Arbeit leisten. Dr. Marx wies sodann auf die Ergebnisse hin, die die jetzige Reichsregierung bisher zu verzeichnen hat. Hierzu zählte er in erster Linie die Befestigung der Republik in den letzten Jahren, die Verlängerung des Republikenschutzes und das große Werk der sozialen Arbeitsversicherung. Weiter kam der Reichskanzler auf die so heftig umkämpfte Frage von

#### Flaggenstreit und Staatsform

zu sprechen. Was den Flaggenstreit angeht, so bedauere ich, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt wird, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht, und ich würde es noch mehr bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole: hie Schwarz-weiß-rot, hie Schwarz-rot-gold geführt werden sollte — eine Parole, die nichts befähigt für die Lösung der schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, vor welchen die deutsche Politik in den nächsten Jahren stehen wird. Schwarz-rot-gold, das betone ich auch heute wieder, ist keine Vertiefung und Verfeinerung von Schwarz-weiß-rot, und wer Schwarz-weiß-rot in Ehren hält, braucht deshalb Schwarz-rot-gold nicht zu schmähen. Wer ernstlich den Flaggenstreit will, der sorge dafür, daß die Flaggen von einst und jetzt nicht herabgesetzt und verächtlich, sondern so geachtet und geachtet werden, wie es den Flaggen einer Nation, die auf ihre Würde hält, gebührt. Wer aber in dem Flaggenstreit mehr sieht als einen Streit um ein Symbol, dem vermag ich nicht mehr zu folgen. Die Staatsform ist und bleibt die Republik und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein seiner Verantwortung bewusster Politiker heute allen Ernstes daran denkt, auch den Kampf um die Staatsform noch in die politische Debatte zu werfen. Wir haben keinerlei Veranlassung, die vorhandenen, an und für sich schon schwierigen Probleme in den kommenden Jahren noch mit Fragen zu belasten, deren Aufwerfung Kämpfe von unerhörter Leidenschaft im Gefolge haben müßte.

Reichskanzler Dr. Marx behandelte sodann mehrere außenpolitische Fragen. Er betonte hierbei, daß unsere Außenpolitik

seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie aufweist. Hierbei erhob Dr. Marx wieder die Forderung nach völliger Klärung des besetzten Gebietes, nachdem Deutschlands Entwurfung vollkommen durchgeführt sei und die Politik der letzten Jahre den besten Beweis für die friedliche Einstellung des deutschen Volkes in seiner weitestgehenden Mehrheit geliefert hat. Weiter behandelte Marx die Tannenbergrebe des Reichspräsidenten und die Frage der Kriegsschuld.

Die Rede Hindenburgs sei sowohl von ihm wie vom Reichsaussenminister gebilligt worden. Die Frage der Kriegsschuld könne nicht durch Reden hin und her entschieden werden, vielmehr müsse ernste wissenschaftliche Forschung und unparteiische Prüfung die Wege und Pläne aufdecken, die zum unfehligen Beginn des Weltkrieges 1914 geführt haben. Die Frage nach der Kriegsschuld werfe Deutschland in der Überzeugung auf, daß eine wahre Versöhnung der Nationen unmöglich sei, solange ein Mitglied der großen Völkergemeinschaft in den Augen der anderen gedankt werde und bleibe. Deutschland empfinde die Behauptung, daß es den europäischen Brand entzündet habe, als eine schwere und tief verletzende Ungerechtigkeit.

Zu den finanzpolitischen Angelegenheiten, die in der letzten Zeit im Vordergrund des politischen Interesses standen, übergehend, kam Dr. Marx auch auf

das Schreiben des Reparationsagenten zu sprechen, wobei er bedauerte, daß durch Indiskretionen die Öffentlichkeit von dem Schritte Parker Gilberts unterrichtet worden sei. Dr. Marx gab zu, daß der Reparationsagent sich in seiner Denkschrift über Bedenken äußert, die die Finanzgestaltung Deutschlands bei ihm hervorgerufen hat. Er tat das, wie Dr. Marx betont, in durchaus vorsichtiger Weise und unter nachdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er sich in innenpolitische Verhältnisse Deutschlands einzumischen beabsichtige. Die Erhöhung der Beamtengehälter entspreche einem dringenden Bedürfnis und wenigstens für das erste Jahr könne sie aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ohne Steuern gedeckt werden. Den Schluß seiner Ausführungen bildete eine

Befürwortung des Reichsschulgesetzes, über dessen finanzielle Auswirkungen von der Opposition geradezu phantastische Berechnungen aufgestellt worden seien. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, dem dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf eine Gestalt zu geben, die allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen gerecht werde. Das Reichsschulgesetz solle Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau sein, solle ein Kulturwert werden, das gleichzeitig ein Gradmesser ist für die sittliche und geistige Reife unserer Nation. Die bürgerliche Toleranz müsse das leitende Prinzip bei der Schaffung des Volksschulgesetzes sein. Es solle, soweit wie möglich, niemand gezwungen sein, seine Kinder in eine Schule zu schicken, die seiner Weltanschauung und seinem Erziehungsideal nicht entspreche. Die Gleichberechtigung der drei Schularten werde auf jeden Fall in einem Gesetz enthalten sein, das unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommen soll. Die christlichen Eltern würden es einfach nicht verstehen, wollte man in dem neuen Volksschulgesetz eine Regelung treffen, die sie von dem Rechte ausschließt, ihre Kinder in einer Schule erziehen zu lassen, die ihrer Weltanschauung entspricht. Wer den Willen der Eltern als mitbestimmenden Faktor bei der Erziehung der Kinder anerkenne, dürfe an dem Willen der christlichen Eltern in den sogenannten Simultanschulländern nicht vorübergehen. Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen: Hier und da hört man bereits

#### Parolen für den nächsten Wahlkampf.

Es scheint mir verfrüht, schon jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es kann sein, daß Reichstagswahlen bald bevorstehen, es kann sein, daß sie erst im Herbst oder im Winter des nächsten Jahres kommen. Die politischen Verhältnisse sind noch zu sehr in der Bewegung, als daß man heute schon den Zeitpunkt der Wahlen voraussetzen könnte, geschweige denn dann man bereits Einzelheiten für die im neuen Reichstag zu verfolgenden Ziele darlegen.

Nur das eine kann ich jetzt schon mit aller Bestimmtheit feststellen: das Zentrum wird nach den kommenden Wahlen, in die es — was ich mit Nachdruck betone — ohne jede Bindung hineingehen wird, genau so wie früher seine Kraft dem Staate zur Verfügung stellen und mit denjenigen Parteien Staatspolitik betreiben, die geneigt sind, mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl zu fördern.

#### Pariser Echo der Reichskanzlerrede.

Die französische Presse beschäftigt sich in ausführlicher Weise mit der Rede des Reichskanzlers. Das sehr weit rechts stehende „Echo de Paris“ wirft die Frage auf, welchen Zweck die Politik des französischen Außenministers nach diesen Ausführungen des Reichskanzlers habe und was aus Europa werden müsse, wenn sich Deutschland genügend stark fühlen werde. Der „Matin“ findet in der Rede der Reichskanzler als bemerkenswertesten Satz die Feststellung Dr. Marx', daß das deutsche Volk nur aus moralischen Beweggründen auf der Erforschung der Wahrheit bestuhe. Für den „Excelsior“ bedeutet die Rede die Forderung: Die Alliierten müssen das Rheinland räumen.“ Die Linkspresse beanugt sich mit einer Wiedergabe der Rede.

#### Ein Rechenschaftsbericht.

In den letzten Wochen ist in den verschiedenen Parteilagern schon mehrfach das Thema der Reichstags-Parole u. a. h. I. geführt worden und man mühte sich auf der Rechten wie auf der Linken ab, schon jetzt eine Wahlparole zu finden. Das scheint etwas übertrieben vorfristig zu sein, weil doch kaum damit zu rechnen ist, daß der Reichstag auseinandergeht, ehe er sein natürliches, verfassungsmäßiges Ende erreicht hat. Daran ändert auch nichts, daß jetzt auch der Reichskanzler Dr. Marx zu dieser Frage das Wort ergriffen hat. Er hat in einer großen Rede in Essen einen Rückblick auf die Politik der vergangenen Monate gegeben, nicht so sehr als Reichskanzler, sondern als Chef seiner Partei. Wandte er sich doch zunächst gegen die Vorwürfe, die man ihm deswegen aus den eigenen Reihen her gemacht hatte, weil er eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen eingegangen war. Man weiß, daß dieser Entschluß in der Zentrumspartei vielfach scharf getadelt worden ist, vor allem deswegen, weil aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen eine Gesinnungsgemeinschaft zu werden schien. Dr. Marx erklärt nun aber als Parteichef, daß das Zentrum nicht auf Geheiß und Verderb mit Rechts verbunden sei; ohne jegliche Bindung vor wie nach den Wahlen will das Zentrum bleiben.

Der Parteivorsitzende Marx hat aber die Gelegenheit seiner Rede dazu benutzt, um auch als Reichskanzler zu sprechen. Die Zurücknahme einer Anzahl fremder Besatzungstruppen aus dem besetzten Gebiet ist von der französischen Regierung zugesagt und eingeleitet worden. Dr. Marx gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Verbrechen auch Lona und in vollem

#### Für eilige Leser.

- \* Reichskanzler Dr. Marx hielt in Essen eine vielbeachtete Rede, in der er sich mit innen- und außenpolitischen Tagesfragen beschäftigte.
- \* Der bekannte Publizist Maximilian Harden ist im Alter von 64 Jahren gestorben.
- \* Ein Sturm über England und der Nordsee hat 75 Todesopfer gefordert und mehrere Schiffe schwer beschädigt.
- \* In Italien ereigneten sich an dem Faschistentage ein schweres Eisenbahn- und ein Autobusunglück. Bisher werden 14 Tote gemeldet.
- \* Auf den griechischen Staatspräsidenten Konduriotis wurde ein Mordanschlag verübt, bei dem der Präsident durch einen Revolverbeschuß verwundet wurde.

Umfange durchgeführt wird, benutzt außerdem die Stunde, um wieder einmal darauf hinzuweisen, daß die völlige Klärung des besetzten Gebietes eine Forderung ist, die das deutsche Volk immer wieder erheben muß und erheben kann, weil es den Beweis geliefert hat für die friedliche Einstellung seiner Politik. Auffallend war das Aufsehen, das die Rede des Reichspräsidenten bei der Enthüllung des Tannenbergsdenkmals vielfach erregt hat, eine Rede, die sowohl von mir als auch vom Außenminister gebilligt worden war,“ fügte Reichskanzler Dr. Marx noch besonders hinzu. Auch er versprach sich nichts von einer Diskussion zwischen den beteiligten Mächten, gibt aber dafür wieder dem Wunsch Ausdruck, daß wissenschaftliche Forschungen und unparteiische Urteilungen die Wege und Pläne aufdecken, die zum unfehligen Beginn des Weltkrieges geführt haben. Dem Urteil, das dann erst gesprochen werden kann, werde sich jedes Volk unterwerfen müssen, so schmerzhaft es auch sein werde. „Bis dahin empfinden wir die Behauptung, als habe Deutschland den europäischen Brand entzündet, als schwer und tief verletzende Ungerechtigkeit.“

Es wäre übertrieben, wenn man die innen- und außenpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers und Zentrumsparteivorsitzenden nur als Zeichen dafür nehmen wollte, als rechne man in Regierungskreisen etwa mit baldigen Neuwahlen. Gewisse Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen hinsichtlich einiger Fragen der Innenpolitik haben offenbar doch nicht einen irgendwie erheblichen Grund zu tiefer gehendem Zwiespalt abgegeben; die politischen Probleme des gegenwärtigen Augenblicks haben ihren Druck geltend gemacht, um all die theoretischen Auseinandersetzungen über Flaggenstreit, Staatsform usw. zu vertagen. Dr. Marx sprach jedenfalls in Sätzen, die den Willen zur Versöhnung deutlich verströmen lassen. Der Kampf um die Staatsform hat sich — darin ist dem Reichskanzler ohne weiteres recht zu geben — im letzten Jahre doch schon erheblich abgeschwächt, weil sich die Republik dadurch festigte, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintraten und in der Regierung eifrig mitarbeiteten. Trotzdem will Dr. Marx aber nichts davon wissen, eine Wahlparole mitzumachen, die sich allein auf das Bürgerrecht stützt und eine Abwehrfront gegen die Sozialdemokratie herstellen will. Der Vorsitzende der Zentrumspartei gibt eben deutlich zu verstehen, daß beim kommenden Wahlkampf eine gemeinsame Schlachtrede der in der jetzigen Regierungskoalition vereinigten Parteien nicht gebildet werden soll. Vorläufig aber bleibt man noch zusammen, nicht etwa aus Liebe zueinander, sondern, weil man gemeinsame politische Ziele erreichen will.

#### Attentat auf den griechischen Staatschef.

Präsident Konduriotis verletzt.

In Athen gab ein Mann namens Sifirios Kusios einen Revolverbeschuß auf den Staatspräsidenten ab in dem Augenblick, als Konduriotis sein vor dem Rathaus haltendes Automobil besteigen wollte. Die Kugel drang dem Präsidenten in die Schläfe und blieb dort stecken. Der Präsident stürzte zu Boden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo das Geschöß durch eine Operation entfernt werden mußte. Die Angaben über die Folgen der Verwundung weichen stark voneinander ab. Während der ersten Meldungen nur von einer leichten Verletzung zu sprechen wußten, kamen später Behauptungen von ernster Natur der Wunde. Die vor dem Rathaus versammelte Menge hatte sich auf den Attentäter geworfen, um ihn zu lynchen; die Polizei konnte ihn aber in Sicherheit bringen.

Konduriotis hatte der Eröffnung des Kongresses aller Bürgermeister Griechenlands beigewohnt. Als er herauskam, erfolgte das Attentat. Der Präsident ist am